



Medienkonferenz 14. Januar 2010

Leitfaden Mobilfunk für Gemeinden und Städte

Referat Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband

Es gilt das gesprochene Wort.

Als ich vor anderthalb Jahren die Leitung des Städteverbandes übernommen habe, befand sich das Projekt für die Erarbeitung eines Leitfadens Mobilfunk im Abschluss, ich sollte nur noch an einer letzten Sitzung teilnehmen. Daraus ist eine längere Zeit geworden. Doch nun ist es so weit, die Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden hat zu einem erfreulichen, sorgfältig und differenziert gemachten Ergebnis geführt, das einen wertvollen Überblick ermöglicht.

Mir scheint, die insgesamt doch sehr lange Bearbeitungsdauer spiegelt auch die nicht ganz einfache Situation rund um den Mobilfunk. Die Ansprüche sind äusserst komplex und konfliktrichtig. Wir haben Vorgaben, gesetzliche Ansprüche und Grenzwerte. Viele haben ein Unbehagen. Manche fürchten den Einfluss von Mobilfunkantennen auf den Menschen, auf die Gesundheit, auf Werte von Liegenschaften, auf Ortsbilder und Natur. Wir (praktisch) alle nutzen den Mobilfunk aber gleichzeitig mit grösster Selbstverständlichkeit und ärgern uns, wenn die Verbindung schlecht ist oder unser Gespräch wieder einmal unterbrochen wird. Wer im Dschungel dieser Ansprüche Orientierung schaffen will, muss mit Bedacht vorgehen.

Es ist mehr als nur verständlich, dass Städte und Gemeinden ihre Möglichkeiten kennen und ausschöpfen wollen, um aktiv mitzubestimmen, wohin eine Antenne zu stehen kommt. Sie wollen ihr Gebiet möglichst zielorientiert und verantwortungsvoll beplanen, wollen eine hohe Standortqualität für heutige und künftige Generationen sichern. Hinzu kommt, dass vielleicht gerade für Gemeinden, welche nicht oft mit Baubewilligungen für Mobilfunkantennen zu tun haben, der professionelle Überblick nicht einfach und jederzeit zu behalten ist.

Deshalb suchten Städte- und Gemeindeverband die Zusammenarbeit mit Bund und Kantonen, um eine Orientierungshilfe zu schaffen, welche im Alltag nützlich ist.

Man darf nicht vergessen: Eine Stadt oder Gemeinde als unmittelbar betroffene Instanz erfährt meist erst dann von der Standortwahl, wenn der Mobilfunkbetreiber ein Baugesuch einreicht. Das höchste der Gefühle ist vielleicht, wenn ein Betreiber alle sechs Monate eine generelle Standortplanung bekannt gibt. Es ist aber die Stadt oder Ge-



meinde, welche ihr Gebiet und ihre Bevölkerung kennt und weiss, welcher Standort weniger und welcher mehr geeignet ist, welcher sich besser oder weniger gut mit Entwicklungszielen verträgt. Aber Städte und Gemeinden hatten bisher trotz sehr berechtigter, ernst zu nehmender Anliegen kaum Möglichkeiten, auf Mobilfunkstandorte Einfluss zu nehmen und allenfalls auf Alternativen hinzuwirken. Es schien fast, als müssten Antennen hingenommen werden.

Was wir heute nach langer tripartiter Arbeit unter Einbezug der verschiedensten Fachbereiche vorlegen können, ist keine Revolution und mag ernüchternd sein für jene, welche sich weit gehende Einflussmöglichkeiten erhofft hatten. Es bedeutet auch nicht, dass eine Stadt oder Gemeinde den Bau einer Antenne einfach verweigern kann. Darum geht es nicht – die grundsätzlichen, zutiefst gesellschaftsimmanenten Konflikte, welche ich eingangs angetönt habe, lösen wir nicht. Aber immerhin, und dies erscheint mir äusserst wertvoll, werden im Leitfaden Mobilfunk für Gemeinden und Städte dank breiter fachlicher Überlegungen neue Wege aufgezeigt. Es weist sich, dass die Standortgemeinden eine aktivere Rolle übernehmen können, als bisher vielleicht den meisten bewusst war. Bis zu einem gewissen, wenn auch limitierten Grad können sie mitsteuern, wo Mobilfunkanlagen einen Platz finden sollen und wo nicht. Natürlich stehen Städte und Gemeinden damit auch in der Verantwortung. Ich bin aber überzeugt, dass diese die Verantwortung gern übernehmen. Immer weniger Probleme und Herausforderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben und in der Politik lassen sich am Schreibtisch so lösen, dass alle Seiten mindestens eine gewisse Zufriedenheit erleben oder sich gar zu den Gewinnern zählen dürfen. Mit dem Mobilfunk ist es genau gleich. Der Leitfaden, der nun vorliegt, dient unter anderem dazu, einen offenen Dialog zwischen städtischer oder Gemeindebehörde, Mobilfunkbetreibern und der Bevölkerung zu fördern. Das zeigen auch die Beispiele, welche wir nun hören werden. Die transparente, offene Auseinandersetzung unter Einbezug aller Beteiligten scheint mir, neben den Instrumenten, welche zur Anwendung kommen können, ein echter Gewinn zu sein. Sie ist letztlich auch Ausdruck von Wertschätzung und gegenseitigem Respekt. Für die nun publizierte Grundlage bedanke ich mich bei allen Beteiligten. Und ich wünsche dem Leitfaden viel Erfolg bei der Bewährung in der Praxis; denn was er taugt, wird sich erst dort wirklich zeigen.